

WEGWARTE

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

Der Austritt aus der EU zieht Kreise! Aktueller Lagebericht.

Rund um die Arbeit am Volksbegehren sind viele Kontakte neu geknüpft bzw. wieder verstärkt worden. Auch sind von verschiedenen Seiten Eigenaktivitäten dafür in Bewegung gekommen, was sehr erfreulich ist.

Im Juni und Juli war **Inge Rauscher** mit verschiedenen örtlichen Mitarbeitern durch vier Wochen hindurch mit ganztägigen Info-Stand-Aktionen unterwegs in Teilen der Steiermark, in ganz Kärnten, in Osttirol und Teilen von Salzburg. Es war eine sehr interessante, für die **Verbreitung** des EU-Austritts-Volksbegehrens notwendige, aber extrem anstrengende Tätigkeit mitten in der Hitzeperiode mit kaum Schatten an den insgesamt 19 Einsatzorten. Viele tausend Informationen zum Volksbegehren wurden verteilt und dabei unzählige Bürger-Gespräche geführt; rund 500 weitere, behördlich bestätigte **Unterstützungs-Erklärungen** kamen dadurch zustande (insgesamt dzt. rund 1.500). Ein Danke an dieser Stelle an alle Sympathisanten, ohne deren kostenlos bereit gestellte Übernachtungsmöglichkeit so umfangreiche Info-Touren nicht finanzierbar wären.

Weitere Info-Touren in die anderen Teile Österreichs sind für Herbst und auch für nächstes Jahr geplant. Eine befreundete Bürgerinitiative wird Info-Stände fürs Volksbegehren vor allem im Raum Wien durchführen, mögliche Helfer dafür mögen sich bitte bei uns melden.

Bei einem dieser Bürger-Gespräche überreichte uns ein Sympathisant die hier abgebildete **Karikatur**, die in den Originalfarben sehr eindrucksvoll ist.

Sollten **Sie** das Volksbegehren noch nicht im Gemeindeamt/Magistrat/Bezirksamt Ihres Hauptwohnsitzortes unterschrieben haben, können Sie dies jederzeit nachholen und auch Freunde/Bekannte/Arbeitskollegen usw. dazu animieren. Das dazu nötige **Unterstützungs-Erklärungs-Formular** müßte Ihnen von allen Unterschriftsämtern ausgehändigt werden (es wurde von uns schon vor Monaten per E-Mail allen über 2.500 Gemeinden in ganz Österreich zum Ausdrucken zugeschickt), kann von Ihnen selbst aus dem Internet heruntergeladen werden, z.B. von **www.webinformation.at**, oder bei uns angefordert werden per Vermerk "Bitte Zusendung von Stück Volksbegehrens-Formularen" am beiliegenden Erlagschein; Zusendung erfolgt gratis.

Die umfangreichste Befassung mit dem Thema hat **Karin Kolland** aus Gleisdorf mit der Zusammenstellung und Herausgabe eines eigenen Buches dazu in den letzten Monaten aus eigenem Antrieb bewältigt. Es trägt den Titel: "EU-Austritt - denn Freiheit ist mein Bürgerrecht. Der Verrat an den Völkern Europas und Klage gegen die EU-Verträge." (448 A-5 Seiten). Das Buch wird Ende September dieses Jahres



Österreichs Adler im goldenen Käfig der EU

im "Hanael-Verlag/Bücher mit Seele" unter der ISBN-Nr. 978-3-902383-27-3 zum Preis von 19,90 Euro erscheinen. In Kürze wird dazu ein verfilmtes Interview mit Karin Kolland in der Schweiz aufgenommen, das ab etwa 22. August jederzeit im Internet eingesehen werden kann, und zwar bei **www.alpenparlament.tv** unter dem Titel: "Österreichisches Volksbegehren zum EU-Austritt. Nein zur undemokratischen EU." Das Buch zum EU-Austritt wird auch bei der kommenden Frankfurter Buchmesse vorgestellt werden.

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer

Der Schutzschirm aus Brüssel rettet die Währungsunion nicht!

Unseren Bürgern ist ein stabiler Euro in einer Stabilitätsgemeinschaft zugesichert worden. Der Weg in eine **Haftungs- und Transfergemeinschaft** sollte durch die "no bail-out"-Klausel versperrt werden: Es ist verboten, daß die Gemeinschaft oder ein Mitgliedstaat für die finanziellen Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaates haftet. *Jean-Claude Juncker*, ständiger Vorsitzender der Eurogruppe, hat im Jahre 1998 zu Befürchtungen, daß diese Vorschrift umgangen werden könnte, gesagt: "Transferleistungen sind so absurd wie eine Hungersnot in Bayern." **Die staatlichen Kredite an Griechenland sind solche Finanzausgleichsleistungen.** Jeder weiß, daß Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann.

Nachdem die Euro-Gemeinschaft die Griechenlandhilfe in Brüssel verabschiedet hatte, ist anschließend und völlig überraschend ein sogenannter Rettungsschirm in Höhe von **750 Milliarden Euro** etabliert worden, **zu dem Deutschland den größten Anteil beisteuert.** Wir Bürger sind über diesen Vorgang nicht informiert worden. Wir wissen nicht, wer in Brüssel den entscheidenden Anstoß gegeben hat.

Für die Organisation der Aufbringung und Verteilung der Mittel ist eine **Zwecksgesellschaft nach Luxemburger Recht** gegründet worden. Als der Deutsche Bundestag am **19. und 21. Mai** das Bürgschafts- und Garantiepaket beschlossen hat, wußte kein Abgeordneter, nicht einmal die Bundesregierung, worüber abzustimmen war. Der Vertrag über die Zweckgesellschaft ist erst am **7. Juni** vor einem luxemburgischen Notar beurkundet worden.

Die Bundeskanzlerin hat den Bundespräsidenten genötigt, binnen Stunden auch dieses **zweite Notstandsgesetz** zu unterzeichnen. Er konnte es nicht auf seine Verfassungsmäßigkeit prüfen, wie es seine Pflicht gewesen wäre. So darf keine Regierung mit ihrem Staatsoberhaupt in dieser Schicksalsfrage umspringen.

Dieser Weg führt Deutschland und Europa in den Ruin. Die

"Hilfen" verringern nicht die Schuldenlast dieser Staaten, sondern **befriedigen deren Gläubiger** und dienen der **Konkursverschleppung.** In der Euro-Zone öffnet sich die Schere zwischen dem Leistungs- und Schuldenzuwachs ihrer Volkswirtschaften immer weiter, so auch in Deutschland. Der Anteil der öffentlichen und privaten Schulden am Bruttoinlandsprodukt (BIP) nimmt Jahr für Jahr zu. Die **Geldvermehrung** - die Europäische Zentralbank (EZB) trägt mit dem massenhaften, vertragswidrigen Ankauf von Staatsanleihen dazu bei - **deckt einen immer kleineren Teil des realen Zuwachses an Gütern und Diensten.** Die Bürger haben Angst, daß ihnen die Inflation ihr Ersparnis nimmt.

Die Bundesregierung zerstört, was sie erhalten will. Die **neue Haftungsunion** der Euroländer ist nicht bloß ein schwerer Rechtsbruch. Es **ist ein geradezu zynischer Versuch, Europas Völkern Eigenstaatlichkeit und Demokratie zu nehmen.** Mit der Zerrüttung von Geldwert und Staatsfinanzen werden die Grundlagen unserer europäischen Staats- und Gesellschaftsverfassung aufgehoben. Europa steht nicht über diesen Werten, es lebt von ihnen! Die Politik löscht dieses europäische Europa aus: seine Wurzeln, seine Kultur und seine Wirtschaftskraft. Sie spielt mit der Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Davor zu warnen, ist weder Übertreibung noch Rückfall in einen überwundenen Nationalismus. **Es geht um die Rückkehr zu praktischer Vernunft und sittlicher Verantwortung.** Beides setzt Realismus voraus. Wie kann eine Bundeskanzlerin behaupten, ihre Politik der Euro-Rettung sei "alternativlos"? Wie kann ihr Finanzminister von "Sparhaushalten" sprechen, wenn seinen Minderausgaben von 8 bis 10 Milliarden Euro jährlich kreditfinanzierte **Ausgabeermächtigungen** an die Zweckgesellschaft in Höhe von **70 Prozent seiner jährlichen Steuereinnahmen** gegenüberstehen? Wir Bürger haben ein Recht darauf, daß die Bundesregierung ihren Amtseid einhält, Schaden vom deutschen Volk zu wenden.

Die Unterzeichner haben dem Bundesverfassungsgericht einen ergänzenden Schriftsatz zu ihrer **Verfassungsbeschwerde vom 7. Mai 2010 vorgelegt.** Darin wird dargelegt, daß die weiteren politischen Entscheidungen in Brüssel unsere Verfassungsbeschwerde bestätigen und bestärken: Die handstreichartige Mißachtung des Lissabon-Vertrags verstößt gegen zentrale Rechte der Bürger aus dem Grundgesetz. Der französische Europaminister, *Pierre Lellouche*, hat unumwunden ausgesprochen, was Politiker bei uns verschweigen: "Tatsächlich haben wir den Vertrag verändert", der nicht nur ausdrücklich die finanzielle Haftung für andere Mitgliedsstaaten verbietet, sondern auch die jetzt angegriffene Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank schützen sollte.

Wir sind sicher, daß unser höchstes Gericht diesen **Putsch** wider die parlamentarische Demokratie und die wirtschaftliche Vernunft für verfassungswidrig erklären wird.

**Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling,
Karl Albrecht Schachtschneider,
Dieter Spethmann,
Joachim Starbatty**

**Der Text erschien am 7. Juli 2010
als Anzeige in der "Frankfurter
Allgemeinen Zeitung"**

Unsere Arbeit am **EU-Austritts-Volksbegehren** ist nur folgerichtig, aber auch sehr kostenintensiv: Flugblätter und WEGWARTEN zum Volksbegehren zur Verbreitung in großer Auflage sowie anderer Informationen dazu (Broschüren/DVDs/Bücher), Reisekosten u.v.a.m. Bitte unterstützen Sie diese (Weiter-) Arbeit durch einen **persönlichen Kostenbeitrag.** Je mehr dabei „hereinkommt“, desto größer kann die Auflage unserer Informationsmaterialien fürs Volksbegehren werden. **DANKE ALLEN** dafür im voraus!

Übrigens wünschen sich auch viele Deutsche den Austritt ihres Landes aus der EU, wie sie uns bei den Bürger-Gesprächen in den Haupt-Urlaubsländern in Österreichs Süden persönlich mitteilten.

Wie kam es zum „Ja zum EU-Beitritt“ bei der Volksabstimmung?

von Ing. Winfried Schubert

Als ehemaliger leitender Angestellter der Tochtergesellschaft eines multinationalen Konzerns erlebte ich dabei folgendes:

Alle leitenden Angestellten, welche sich bereits im Ruhestand befanden, wurden im Mai 1994 mittels eines Rundschreibens eingeladen, an einer **Informationsveranstaltung** zur Volksabstimmung über den EU-Beitritt Österreichs teilzunehmen. Natürlich leistete die überwiegende Mehrzahl der Angeschriebenen dieser Einladung Folge. Als wir Pensionisten, etwa 60 an der Zahl, den großen Speisesaal betraten, sahen wir zu unserer Überraschung diesen bereits zu zwei Dritteln gefüllt – mit unseren ehemaligen Mitarbeitern. Der Speisesaal selbst war zu einem Vortragsaal umfunktioniert worden; auf dem Podium saß unser damaliger Generaldirektor, flankiert von zwei weiteren Vorstandsmitgliedern – und dem Betriebsratsobmann.

Es war eine lange, feierliche und eindringliche Rede, die der Generaldirektor an uns Pensionisten richtete, begleitet vom zustimmenden Kopfnicken seiner beiden Vorstandskollegen – und des Betriebsratsobmanns. Der Inhalt seiner Rede sei im Folgenden kurz und schlicht wiedergegeben:

„Der Beitritt Österreichs zur EU ist eine absolute Notwendigkeit. Nur so kann unsere Firma die schweren Zeiten, welche auf unsere Wirtschaft zukommen, unbeschadet überstehen. Für den Fall eines ‚Neins zur EU‘ ist der Fortbestand unseres Unternehmens nicht gesichert.“ Und mit einem Hinweis auf die im Saal anwesenden ehemaligen Mitarbeiter, welche wir persönlich größtenteils selbst „großgezogen“ und mit denen wir daher zumeist auch ein dienstlich-freundschaftliches Verhältnis hatten, stellte er an uns die rhetorische Frage: „Wenn Sie – aus welchen Gründen auch immer – mit Nein stimmen, gefährden Sie die Arbeitsplätze der Ihnen jahrelang

anvertrauten Mitarbeiter! Wollen Sie das wirklich?“

Die Gesichter aller Anwesenden, der Geschäftsleitung, des Betriebsratsobmanns und – vor allem – der betroffenen Mitarbeiter sprachen Bände, und als ich die Stätte meines ehemaligen Wirkens verließ, wußte ich eines ganz genau: „Meine ehemaligen Mitarbeiter, welche mir Jahre bis Jahrzehnte lang die Treue gehalten hatten, würde ich nicht im Stich lassen. Und wenn Geschäftsleitung und Betriebsrat einhellig der Meinung sind, ein NEIN zur EU würde diese jungen, talentierten und fleißigen Menschen ihrer Lebensgrundlage berauben, dann hat diese Überlegung Vorrang vor allen anderen (negativen) Gesichtspunkten zum EU-Beitritt...“

So wurde sowohl bei mir wie auch bei meiner Frau aus einem instinktiven – bereits beschlossenen – Nein ein bedingungsloses Ja zum EU-Beitritt Österreichs.

Etwa zwei Jahre nach unserem Beitritt begegnete ich meinem ehemals engsten Mitarbeiter, welcher sich nach meinem Ausscheiden mit einem anderen Kollegen aus meiner ehemaligen Abteilung deren Führung teilte. Beide waren inzwischen, der eine mit 53, der andere mit 49 Jahren „freigesetzt“, d.h. in die Arbeitslosigkeit entlassen worden, da die Aufgaben meiner ehemaligen Abteilung nunmehr aus Kostengründen in die Hauptstadt eines anderen (größeren) EU-Landes verlegt worden waren. Keiner von beiden konnte jemals wieder in einen Arbeitsprozeß eingegliedert werden. In Österreich gab es keine Arbeitsplätze mehr, die der Qualifikation der beiden auch nur annähernd gerecht geworden wären, denn nicht nur in unserem Firmenverband wurde rationalisiert, zentralisiert, ausgelagert, produktbereinigt, „teures“ einhei-

misches durch billiges ausländisches Personal ersetzt usw. usw.

Was hier firmenintern (nicht nur in unserer Firma) abgelaufen war, wurde sowohl in den elektronischen wie auch in den Printmedien **in großem Stil** betrieben, wobei sich der ORF, die Kronen-Zeitung sowie der Kurier besonders hervortaten. Von positiven Aussagen, wie „mehr Arbeitsplätze“ und „Schilling sowie Neutralität bleiben“, wenn Ja zur EU, bis zu wüsten Drohungen, wie starke Zunahme der Arbeitslosigkeit, totale Verarmung und generelle Reduktion des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes, wenn Nein zur EU, wurde alles in die Propagandaschlacht geworfen, was Meinungsforschungsinstitute als sensible bis hochsensible Politikbereiche der Österreicher herausgefunden hatten. So wundert einen der Ausgang der EU-Volksabstimmung nicht: Meinungsforscher und Propagandisten hatten gute Arbeit geleistet, die 200 Millionen Schilling für die staatlich gelenkte Pro-EU-Werbekampagne waren gut angelegt.

Dieser Bericht ist der neuen „Eckartschrift“ Nr. 199 entnommen mit dem Titel **„Die Entwicklung Europas vom Staatenbund (EWG) zum Bundesstaat (EU)“**. In diesem Büchlein (99 Seiten) wird in sehr prägnanter, gut verständlicher Form alles Wesentliche zur EU insgesamt und zur Lage Österreichs in der EU dargestellt. Die von der Österreichischen Landsmannschaft herausgegebene „Eckartschrift“ Nr. 199 kann durch einen entsprechenden Vermerk am beiliegenden Erlagschein zum Preis von 8,20 Euro plus Porto bei uns bestellt werden; Zusendung erfolgt mit der Post.

WEGWARTE

Zulassungsnummer "02Z033544S"

Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

20. Jahrgang, Folge 3, August 2010

Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

Initiative Heimat & Umwelt

3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5

Tel.: 02242/70 516

Einladung zum
Informations- und Diskussionsabend
zum Thema

Der EURO-CRASH KOMMT! Griechenland war erst der Anfang

Es spricht:

JÜRGEN ELSÄSSER aus Berlin

freier Journalist und Buchautor

am Freitag, 27. August 2010, um 19 Uhr

WIEN - GRINZING (19. BEZIRK)- Nähe Endstation 38er

im Heurigen-Restaurant "BERGER" - Himmelstraße 19

Essensmöglichkeit vor und während der Veranstaltung im Saal vom Heurigen-Bufferet oder à la carte

Eintritt: freie Spende

Veranstalter:

Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU

JÜRGEN ELSÄSSER, Journalist und Buchautor, hat über 20 Bücher vor allem zu geopolitischen und wirtschaftlichen Fragen veröffentlicht und ist Herausgeber der Reihe COMPACT. Zuletzt erschienen "Gegen Finanzdiktatur" (Compact Nr. 10), "Iran" (Compact Nr. 14), und "**Erfolgsmodell Schweiz**" (Compact Nr. 13, zusammen mit Matthias Erne).

Das obige Vortrags-Thema ist auch der Titel des neuesten Sachbuches von Jürgen Elsässer. Darin wird mit gut belegten Hintergrundinformationen dargestellt, **warum** die "Gemeinschafts-Währung" wankt. Wie im **Buchumschlag** treffend formuliert:

"Internationale Spekulanten feuern mit 'finanziellen Massenvernichtungswaffen' in die offenen Flanken, die der EURO seit Gründung hat. Mit fantastischen Milliardenbeträgen vornehmlich aus Deutschland sollen die Löcher gestopft werden, die die Schuldenbomben der Wallstreet in die defizitären Volkswirtschaften vor allem im Süden gesprengt haben.

'Den Euro verteidigen, koste es, was es wolle!', forderte EU-Kommissionspräsident Barroso im Mai 2010. Aber wer soll das bezahlen? Wäre es nicht viel vernünftiger, zu den nationalen Währungen zurückzukehren?'

Dieses Buch benennt die Schuldigen an der drohenden Hyperinflation und zeigt Wege aus der Gefahr. Es wird beim Info-Abend erhältlich sein und kostet 7,50 Euro (99 Seiten, ISBN-Nr. 978-3-89706-422-5).

Jürgen Elsässer ist auch maßgeblich beteiligt bei der Organisation einer großen **Aktionskonferenz in Berlin** zum Thema "Der EURO vor dem Zusammenbruch / Wege aus der Gefahr". Referenten sind **Prof. Hankel, Prof. Schachtschneider** und andere hochrangige **Kritiker des sogenannten "Euro-Schutzschirmes"** sowie **Nigel Farage**, Gründungsmitglied und EU-Abgeordneter der britischen Unabhängigkeits-Partei UKIP, die für den Austritt Großbritanniens aus der EU arbeitet. Diese Deutschland-weite Konferenz wird am **Samstag, dem 25. September 2010, von 9 bis 19 Uhr** im Zentrum von Berlin stattfinden. Wer Interesse hat, daran teilzunehmen, möge sich bei uns melden (oder nähere Unterlagen bei der E-Mail-Adresse **anmeldung@euro-konferenz.de** anfordern). Wir informieren Sie gerne über alles Nähere und organisieren - wenn gewünscht - auch Fahrgemeinschaften aus Österreich. Auch die Proponenten des EU-Austritts-Volksbegehrens in Österreich, **Helmut Schramm** und **Inge Rauscher**, wurden eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen.